

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 55 (1961)
Heft: 11

Artikel: Ein internationaler Plan für Totalen Frieden : aus "The Friend" (Quäker),
6. Oktober 1961
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140612>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ben. Wenn Amerika die Vergangenheit nicht vergessen, wenn es nicht die andere Wange hinhalten kann, wird es eine schwere Verantwortung tragen müssen.

Je mehr ich die Chinesen kennenlerne, um so mehr schätze ich sie. Sie sind arm, aber arbeitsam und ehrlich — und haben Sinn für Humor. Nicht alles in diesem großen Land ist gut, aber vieles ist im Westen noch schlimmer. Mao Tse-tung hat mit den meisten Übeln, die sich mit westlicher Lebensweise in China eingenistet hatten, aufgeräumt. Was das Nachtleben von London und anderen Städten des Westens charakterisiert, würde in keiner chinesischen Stadt geduldet.

Ein internationaler Plan für Totalen Frieden

aus «The Friend» (Quäker), 6. Oktober 1961

Der Redaktor des «Friend» stellt fest:

Wir möchten hier erstmals auf eine bedeutende internationale Konferenz aufmerksam machen, die, durch «Christian Action» organisiert, von 14. bis 16. September 1961 im Hotel Russell in London durchgeführt wurde. Teilnehmer waren Männer und Frauen aus den USA, der Sowjetunion, Großbritannien, Indien und andern Ländern in Asien, Europa, Afrika und Australien, die «einig sind in ihrem Verlangen nach einer von Nuklearwaffen und Krieg freien Welt». Das Thema des Treffens war Abrüstung und die Milderung der gegenwärtigen politischen Spannungen.

Die Liste der Teilnehmer führt weltbekannte Namen aus Ost und West an, unter ihnen: Robert Jungk (Österreich), Baron Allard, Madame Isabelle Blume (Belgien), Professor Josef Hromadka (Tschechoslowakei), Madame Eugénie Cotton (Frankreich), Professor Bernal, Canon John Collins und Erzbischof Roberts (Großbritannien), Jayaprakash Narayan (Indien), Senator Velio Spano (Italien), Aminu Kano, M. P. (Nigerien), Oliver Tambo (Südafrika), Dr. Erich Fromm, Dr. Homer Jack, Pfarrer A. J. Muste, Professor Linus und Mrs. Ava Pauling, Miss Orly Pell (USA), Ilya Ehrenburg, Alexander Korneichuk (Sowjetunion), Heinrich Buchbinder, Professor Lieb und Max Winiiger (Schweiz). Alle Teilnehmer waren anwesend, als nach genauer Prüfung und ausgiebiger Erörterung eine Reihe von Prinzipienklärungen und praktischen Vorschlägen einmütig angenommen wurden.

Angesichts der Zusammensetzung der Konferenz ist die völlige Einstimmigkeit, die für die lange Erklärung erreicht wurde, höchst bemerkenswert, besonders eindrucklich aber wohl in bezug auf Abschnitt 3 der Entschließung. Nachstehend der ungekürzte Text der Erklärung:

I. Berlin

Weder die Berlin-Krise, von der unmittelbare Kriegsgefahr ausgeht, noch irgend ein anderes Problem kann mit militärischen Mitteln gelöst werden. Jeder lokale Krieg im Herzen Europas würde höchst wahrscheinlich in einen allgemeinen Nuklearkrieg übergehen.

Der Krieg muß vermieden werden. Die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich sollen auf Grund der tatsächlichen Lage in Verhandlungen eintreten, in echtem Bemühen, über Berlin und die Deutschlandfrage ins Einvernehmen zu kommen. Wir unterbreiten dazu die folgenden Vorschläge:

1. Ein Abkommen, das die Unabhängigkeit von Westberlin und den Zugang zur Stadt gewährleistet, muß von den vier Staaten und vertraglich eindeutig, unter UNO-Garantie und im Beisein von UNO-Bevollmächtigten abgeschlossen werden.

2. Sechzehn Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges ist es sicher notwendig, das Bestehen sowohl der Deutschen Bundesrepublik wie der Deutschen Demokratischen Republik zu bestätigen.

3. Die Grenzen Deutschlands (Deutsche Bundesrepublik und Deutsche Demokratische Republik) wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg provisorisch festgelegt wurden, müssen von den vier oben erwähnten Staaten, wie von der Deutschen Bundesrepublik und der DDR als endgültig und unverletzlich anerkannt werden.

4. Die Wiedervereinigung der DBR und der DDR ist eine Angelegenheit, über die die beiden deutschen Staaten beschließen müssen. Sie sollte die europäische Sicherheit nicht gefährden.

5. Jede weitere Wiederaufrüstung der DBR und der DDR soll sofort eingestellt und ihre gegenwärtige Bewaffnung herabgesetzt werden.

6. Auf den Territorien der beiden deutschen Staaten dürfen keine Nuklearwaffen stationiert, noch Militärpersonen im Gebrauch solcher Waffen ausgebildet werden.

7. Die Schaffung einer Zone ohne Nuklearwaffen, die aus den Gebieten der DBR und der DDR wie auch Polens und der Tschechoslowakei besteht, sowie deren schließliche Demilitarisierung unter wirksamer Inspektion und Kontrolle, sollte von den USA, der UdSSR, Großbritannien, Frankreich und der UNO garantiert werden.

II. Abrüstung

Die gegenwärtige internationale Krise hat alle Gefahren eines beschleunigten Rüstungswettlaufs aufgezeigt und die Gefahr eines durch Zufall ausgelösten Nuklearkrieges erhöht. Keine der Atomkräfte will einen solchen Krieg, doch macht ihn die Dynamik der nuklearen Kriegsmaschinerie dennoch möglich.

Nur allgemeine und vollständige Abrüstung kann die Menschheit vor Krieg retten. Wir rufen darum die Völker dazu auf, daß sie von ihren Regierungen sofortige Schritte in der Richtung solcher allgemeinen und vollständigen Abrüstung fordern.

Frühere Abrüstungsverhandlungen wurden dadurch aufgehalten, daß die eine Seite fürchtete, es sei nur eine Teilabrüstung oder gar nur Rüstungskontrolle beabsichtigt, während die Gegenseite der Bereitschaft zu ernsthafter Kontrolle der Abrüstung mißtraute.

Wir appellieren daher an alle Regierungen, sich eindeutig für die Politik totaler Abrüstung zu erklären und für jede Etappe derselben die entsprechende Kontrolle zu akzeptieren. Wir appellieren ferner an sie, auch den Ausbau der notwendigen Organe für die Weltsicherheit in Angriff zu nehmen.

Wir verlangen den baldigen Abschluß solcher Verhandlungen unter der Aufsicht der UNO, die auch die Volksrepublik China einschließen muß, und die Schaffung einer internationalen Behörde als Kontrollorgan für die Durchführung des bereinigten Abrüstungsplans.

Die Spezialorganisationen der UNO und andere gouvernementale und unabhängige Körperschaften, wie Gewerkschaften, geschäftliche Verbände, religiöse Gesellschaften, sollen aufgefordert werden, den Zusammenhang zwischen Abrüstung und internationalen wie nationalen Wirtschaftsverhältnissen zu studieren.

III. *Nuklearversuche*

Wir bedauern aufs tiefste die Wiederaufnahme von Nuklearversuchen; wir erklären uns gegen Krieg, Nuklearwaffen und jede Art von Nuklearversuchen, ob sie nun in der Atmosphäre, unterirdisch, im Wasser oder im Weltraum durchgeführt werden, einmal weil solche Kernversuche die Kriegsvorbereitung intensivieren und zum andern, weil sie die Gesundheit der lebenden und der kommenden Generationen gefährden.

Wir fordern die Regierungen, die gegenwärtig Nuklearversuche durchführen, auf, diese sofort einzustellen und keine weiteren Versuche zu unternehmen. Wir fordern sie auf, ein Abkommen über ein dauerndes und kontrolliertes Testverbot zu schließen, sei es als Separatvertrag oder im Rahmen des allgemeinen Abrüstungsabkommens.

IV. *Schlußfolgerungen*

Die Völker und ihre Regierungen können das Verbrechen eines Nuklearkrieges, diese Gefährdung der menschlichen Existenz und allen Lebens auf der Erde, noch immer von uns abwenden. Niemand kann siegen in einem solchen Krieg.

Trotz einigen Meinungsverschiedenheiten in der Diskussion von Einzelfragen, doch in vollem Bewußtsein unserer Verantwortung verpflichten wir uns, alles zu tun, um die Öffentlichkeit über die Kriegsgefahr und die dringende Notwendigkeit der Abrüstung aufzuklären. Wir hoffen, daß die verschiedenen Friedensbestrebungen in einer Weise zusammenwirken können, wie sie der Verteidigung und Erhaltung der Menschheit am besten dient.

Wir sind entschlossen, über das gleiche Thema eine noch größere

Konferenz einzuberufen, zu der wir Männer und Frauen aus allen Volkskreisen — Intellektuelle, Gewerkschafter, Kirchenangehörige, Wissenschaftler und Vertreter der verschiedensten politischen Auffassungen — einladen werden.

**Text der Petition, die am 30. Oktober 1961 von
800 Atomphysikern an die Ministerpräsidenten von
Frankreich, Großbritannien, USA und UdSSR gesandt wurde**

Nachstehende Petition, von mehr als 800 Kernphysikern aus 20 Nationen (50 aus der Schweiz) unterzeichnet, ging am 30. Oktober 1961 an die Premierminister der vier Atommächte, an das Sekretariat wie an die Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Die Unterschriften stammen von jungen Atomphysikern wie von ihren berühmten Kollegen, wie Amaldi (Italien), Leprince-Ringuet (Frankreich), A. Pais (Vereinigte Staaten), Nobelpreisträger C. F. Powell (Großbritannien), Nobelpreisträger I. E. Tamm (Sowjetunion) und V. F. Weißkopf (CERN); sie wurden größtenteils in Europa (West und Ost) gesammelt, vor allem in Italien und Frankreich. Sehr zahlreich vertreten sind die Forscher vom CERN (Centre Européen de Recherches Nucléaires) in Genf.

Die Unterzeichneten Atomphysiker aus verschiedenen Ländern, aufs tiefste beunruhigt durch die Verschlechterung der internationalen Situation, welche in der Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche einen Höhepunkt erreicht hat, in der Überzeugung,

daß kein Krieg, in den die Großmächte verwickelt würden, auf konventionelle Waffen beschränkt bliebe, sondern unvermeidlich in einen Atomkrieg überginge,

daß kein Vorteil, aus einem sogenannten militärischen Sieg resultierend, die riesigen und nicht wieder gut zu machenden Zerstörungen durch die Atomwaffen rechtfertigen könnte,

und daß die Lösung internationaler Streitfragen durch Gewalt nicht unvermeidlich ist, sondern im Gegenteil durch das energische Eingreifen aller verantwortlichen Bürger aller Länder verhindert werden kann,

appellieren an alle Männer und Frauen von gesundem Menschenverstand, sich, ungeachtet ihrer politischen Einstellung, in der Forderung zusammenzufinden, daß die Regierungen aller Länder, besonders aber der Großmächte, unverzüglich Verhandlungen einleiten, um die gegenwärtigen internationalen Streitigkeiten, insbesondere in der Berlinfrage, zu lösen und zu einer Verständigung in bezug auf Maßnahmen, die zu vollständiger Abrüstung führen, zu gelangen — Maßnahmen, die auch die Einstellung aller Kernwaffenversuche in allen Ländern umfassen.